

## Justiz- und Polizeidepartement

tion der Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen - stehen. Mit der Uebung DUOMEDIA wurde die Zusammenarbeit zwischen den Sektionen Fernsehen und Presse geschult und überprüft. Die Vorbereitungen für die Modernisierung des publizistischen Netzes wurden entscheidend vorangetrieben, und es konnten erste Beschaffungen eingeleitet werden.

Schliesslich waren die Abschaffung des Hilfsdienstes und der Funktionsstufen sowie die Neuerungen bei den Sicherheitsüberprüfungen administrativ zu bewältigen.

### III. Dienst für Informatik (DFI)

Der Dienst hat neu die Aufgabe einer Kommunikations-Drehscheibe für das gesamte Departement übernommen.

Zurzeit arbeiten über 2000 Benutzerstellen (Datenendstationen) zum Teil rund um die Uhr mit den vom Dienst entwickelten und betriebenen Anwendungen. Angeschlossen sind alle Polizeikommandos, die Flughäfen Kloten und Basel-Mühlhausen, 105 Grenzübergänge, 27 Fremdenpolizeistellen und das Bundesamt für Polizeiwesen, das Bundesamt für Ausländerfragen, das Bundesamt für Flüchtlinge und der Beschwerdedienst EJPD.

Wichtige Erweiterungen in den RIPOL-Anwendungen führten zur Bereitschaft der Französisch sprechenden Kantone, voll an diesem gesamtschweizerischen Fahndungssystem zu partizipieren.

## B. BUNDESAMT FÜR JUSTIZ

### I. Staats- und Verwaltungsrecht

#### 1. Verfassungsrecht

##### a. Totalrevision der Bundesverfassung

Für die Erarbeitung des Entwurfs zu einer neuen Bundesverfassung zeichnet sich folgendes Vorgehen ab: Zuerst soll ein EWR-Vertrag ausgehandelt, genehmigt und die damit notwendig verbundene Anpassung der schweizerischen Rechtsordnung vollzogen werden. Nach einem positiven Entscheid über den Beitritt zu einem EWR-Vertrag kann der Bundesrat eine europarechte Vorlage für eine neue Bundesverfassung unterbreiten.

##### b. Teilrevisionen

###### aa. Jura

Dem Wunsch der Kantone Bern und Jura entsprechend hat der Bundesrat das Departement beauftragt, mit beiden Regierungen Gespräche über die hängigen Probleme in der Jurafrage zu führen. An den ersten Gesprächen wurden unter anderem die Bestrebungen der jurassischen Behörden auf eine Vereinigung des Berner Juras mit dem Kanton Jura und die Frage der Kantonsgehörigkeit der Gemeinden Ederswiler und Vellerat erörtert.